sind sich auch andere Innenpolitiker einig. Aufmerksam analysieren sie die Erfahrungen von Bundesländern wie Schleswig-Holstein oder Berlin. In der Hauptstadt etwa wurde das Landesamt schon vor zwölf Jahren aufgelöst und als Abteilung vom Innensenator übernommen.

Der Verfassungsschutz als einfache Abteilung im Innenministerium – das könnte anderswo die Kontrolle der Agenten ebenfalls verbessern. Allerdings blieben dann auch Affären direkt am vorgesetzten Ressortchef haften.

Andere Reformvorschläge beschäftigen sich mit den inhaltlichen Aufgaben. „Der Verfassungsschutz verplempert viel zu viel Zeit mit Dingen, die besser und effektiver von den Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung behandelt würden“, sagt Berlins ehemaliger Innensenator Ehrhart Körting (SPD), der Vorsitzender der Bund-Länder-Kommission ist.

Die Beamten sollten sich auf gewaltbereite Bewegungen konzentrieren, sagt er, und keine Energie mit Splittergruppen wie der DKP verschwenden.

Bei den Betroffenen stößt so viel Aktionismus naturgemäß auf wenig Begeisterung. Immerhin: Einige vorsichtige Änderungen können sich sogar die Geheimen vorstellen.

So soll es bis November ein festes Regelwerk für das Anwerben, Führen und Bezahlen von V-Leuten geben, das in allen Bundesländern Gültigkeit hat. Härtere Regeln könnten künftig auch für die Auswahl der Informanten gelten: Drogenhändler oder Extremisten mit schweren Vorstrafen dürften nicht länger als Spitzel gewonnen und eingesetzt werden. Darauf hat sich die geheim tagende Arbeitsgruppe von Landes- und Bundesämtern und Vertretern des Bundesinnenministeriums bereits verständigt.

Trotzdem wird die Kölner Zentrale am Ende mehr und nicht weniger mächtig sein. „Das Bundesamt muss eine gesetzlich definierte Zentralstellung einnehmen“, sagt Niedersachsens oberster Verfassungsschützer Hans-Werner Wargel. Köln müsse dann in Absprache mit den Ländern bestimmte Operationen an sich ziehen und koordinieren.

Agenten und V-Mann-Führer, Beschaffer und Auswerter in den Apparaten müssten, wenn es so weit käme, neue Regeln lernen. Bedeutender wäre, dass sie ihre Einstellung ändern. Bei ihrem ehemaligen Fürsprecher Joachim Gauck ist das schon passiert. Am vergangenen Freitag sagte der Bundespräsident in Thüringen, „dass in den Ämtern genau hingeschaut werden muss“. Das Vertrauen der Bürger sei beschädigt, deshalb, so Gauck, sei „Großreinemachen“ vielleicht nötig.

Matthias Gebauer, Hubert Gude, Frank Hornig, Andreas Wassermann

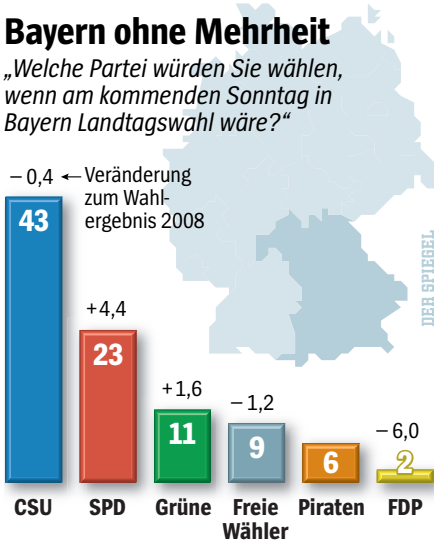
UNION

Worte eines Frustrierten

Mit der Androhung eines Koalitionsbruchs setzt sich CSU-Chef Seehofer von der Kanzlerin ab. Beide haben ganz unterschiedliche Vorstellungen, wie das Wahljahr 2013 ablaufen soll.

Von Horst Seehofer ist Angela Merkel Überraschungen gewohnt. Meist sind es keine guten. Am vergangenen Mittwoch zum Beispiel hielt er mal wieder eine für seine Kanzlerin parat.

Merkel war in Rom und konferierte mit ihrem italienischen Kollegen Mario Monti. Zwischendurch rief sie Seehofer an, um dem CSU-Chef zum Geburtstag zu gratulieren. „Bei uns ist Feuer unterm Dach“, sagte Seehofer. Wegen der Ergebnisse der letzten Brüsseler Gipfelnacht.



Forsa-Umfrage vom 21. bis zum 29. Juni; 1150 Befragte in Bayern; Angaben in Prozent; an 100 fehlende Prozent: Sonstige

Dann kam die Überraschung, ausnahmsweise eine positive. Merkel könne beruhigt sein, flötete der Bayer, er werde dem Brand schon Einhalt gebieten. „Und zwar ohne Feuerlöscher.“ Seehofer als Unterstützer Merkels – das ist in diesen Monaten so selten, dass das Ereignis es wert wäre, im Kalender der Kanzlerin rot markiert zu werden.

Denn spätestens seit der CSU-Chef zum zweiten Mal innerhalb weniger Wochen mit dem Koalitionsbruch drohte, herrscht Eiszeit zwischen ihm und der Kanzlerin. Mal wieder. Erst setzte Seehofer mit seinen Drohungen das Betreuungsgeld gegen Merkel und die FDP durch, jetzt versucht er, mit dramatischer Geste, für die Kanzlerin Grenzen bei der Euro-Rettung zu ziehen.

Obwohl selbst Seehofers Parteifreunde die inflationären Drohgebärden ihres Chefs inzwischen nicht mehr ernst nehmen, wird in München mittlerweile offen über Szenarien diskutiert, wie man wohl am besten die Flucht aus der Verantwortung in Berlin organisieren könnte.

Für Merkel ist Seehofers Poltern deshalb nicht ungefährlich. Gut ein Jahr vor den Wahlen 2013 sind Kanzlerin und Bayerns Ministerpräsident aufeinander angewiesen. Seehofer braucht Merkel und ihre Popularität, um in Bayern überhaupt eine Chance auf eine absolute Mehrheit zu bekommen. Und Merkel ist auf ein gutes Ergebnis in Bayern angewiesen, weil große CDU-Landesverbände wie in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg am Boden liegen.

Gemeinsame Interessen bedeuten allerdings noch keine gemeinsame Strategie. Dass es bei der Euro-Krise zwischen den Schwesterparteien hakt, ist inzwischen hinlänglich offenkundig geworden. Doch auch in der Frage, mit welcher Taktik die Unionsparteien SPD und Grüne 2013 schlagen wollen, sind CDU und CSU ziemlich beste Feinde.

Seehofer misstraut Merkel und will deshalb die Kanzlerin bei der Euro-Rettung mit einem Geflecht von roten Linien einhegen. An diesem Montag soll der Parteivorstand die aktuellen Stoppschilder Seehofers noch einmal bekräftigen.

„Unsere Grenzen sind klar“, sagt er: „Erstens: Die deutsche Haftungsobergrenze darf nicht verändert werden. Zweitens: Garantien und Zahlungen gibt es nur bei Reformen als Gegenleistung. Und drittens: Hilfen an Banken nur mit Auflagen.“

Es sind die Worte eines Frustrierten. Seehofer nervt, dass er Merkel beim Euro ständig hinterherlaufen muss. Wenn die Kanzlerin in Brüssel um deutsche Interessen ringt, bleibt ihm nichts, als auf ihren Anruf danach zu warten. Erst dann erfährt er, ob sie Erfolg hatte. Dabei weiß er, dass ihn unpopuläre Entscheidungen in Brüssel die Macht in München kosten könnten.

Auch für Merkel ist die Lage denkbar unangenehm. Inzwischen hat Seehofer die Kanzlerin mit so vielen Stoppschildern umstellt, dass ihr Handlungsspielraum bei der Euro-Rettung massiv beschnitten ist.

TIMM SCHAMBERGER / DAPD

Landesvater Seehofer*: *„Bei uns ist Feuer unterm Dach“*

Auf Nachsicht kann sie in München nicht hoffen. „Für eine Abweichung von diesem Stabilitätspfad gibt es in der CSU keine Mehrheit“, sagt Seehofer, „und da ich davon überzeugt bin, dass dieser Weg richtig ist, werde ich auch nicht an andere Mehrheiten denken.“

Zum Testfall könnte es schon bald kommen. Der EU-Gipfel im Oktober findet ausgerechnet unmittelbar vor dem CSU-Parteitag statt. Die Schuldenländer haben bereits angekündigt, dass sie die Einführung von Euro-Bonds diskutieren wollen. Schon ein kleines Zugeständnis in der Brüsseler Abschlusserklärung, und in München bräche der Aufstand los. Die Koalition in Berlin stünde auf der Kippe.

Spätestens im Frühjahr 2013 wird es dann wieder heikel. Bis dahin sollen die Chefs der EU-Institutionen ihre Ideen für eine politische Union präsentieren. Seehofers Leute sind entsetzt über den Zeitpunkt. Mehr Macht für Brüssel war noch nie ein Renner bei CSU-Anhängern. Und ausgerechnet im Wahljahr soll eine solche Machtverschiebung auf die Agenda?

So groß ist die Unzufriedenheit, dass sich führende Christsoziale schon Gedanken machen, wie man notfalls einen Koalitionsbruch vollziehen könnte. Seehofer würde die CSU-Minister aus Berlin abziehen, und es gäbe Neuwahlen mit einem beherrschenden Thema: die Zukunft Europas.

Es ist ein riskantes Spiel. „Konservativen würde man weniger verzeihen, wenn sie sich aus der Verantwortung stehlen“, sagt Fraktionsvize Johannes Singhammer. „Die große Mehrheit der CSU-Wähler will diese Koalition und diese Kanzlerin – und keine politischen Experimente“, warnt auch Ex-Parteichef Erwin Huber.

Auf der anderen Seite sieht sich die CSU für einen Wahlkampf rund um den Euro bestens gerüstet. Forderungen nach einem Rauswurf der Griechen und einer kleineren, aber stabileren Euro-Zone oder die Ablehnung der Integrationsideen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sind populär. Seehofers Generalsekretär Alexander Dobrindt kann die Umfragen, die das bestätigen, sofort herunterbeten.

Wahrscheinlicher ist allerdings, dass CDU und CSU weitermachen wie bisher und sich mühsam bis zum regulären Wahltermin im Herbst nächsten Jahres schleppen. Wie man dann allerdings gemeinsam Wahlkampf machen könnte, weiß noch niemand.

Merkel und ihr Generalsekretär Hermann Gröhe wollen einen Trick wiederholen, mit dem sie die SPD schon 2009 überrumpelten – die sogenannte asymmetrische Mobilisierung. Dabei besetzt die Union Kernthemen der Sozialdemokraten wie die Forderung nach einem flächendeckenden Mindestlohn und nimmt den Sozialdemokraten so jeden Angriffspunkt. Die SPD-Wähler sollen durch Themenentzug ins Wachkoma versetzt werden und am Wahltag am besten zu Hause bleiben.

Seehofer und seine Leute halten eine Wiederholung des Schlafwagen-Wahlkampfs von 2009 für grundfalsch. Sie finden, der Euro und die Finanzpolitik würden sich vorzüglich dazu eignen, gegen die SPD zu mobilisieren. Vor allem dann, wenn der Gegner im Bund Sigmar Gabriel heißt.

In Dobrindts Thesenwerkstatt sind die Parolen längst fertig: Stabilität gegen Euro-Bonds, Entlastungen für den Mittelstand gegen Steuererhöhungen. Jetzt muss Seehofers General seinen Kollegen Gröhe von der CDU nur noch von dieser Strategie überzeugen. Demnächst wird man sich treffen.

Bei der bayerischen Landtagswahl, die wohl kurz vor der Bundestagswahl stattfindet, will sich die CSU ohnehin nicht von der Schwesterpartei reinreden lassen. Es werde die „Mutter aller Schlachten“, glaubt Dobrindt. Da will er am besten jeden Tag eine neue Idee zünden.

Notfalls wird eben ein gefallener Hoffnungsträger entstaubt, um die CSU ins Gespräch zu bringen. Am vergangenen Mittwoch meldete sich auch Karl-Theodor zu Guttenberg brav mit Geburtstagsglückwünschen bei Seehofer. Von einer Rückkehr in die Politik war nicht die Rede.

Seehofer war das egal. Andeutungen, das weiß er, sind meist interessanter als Tatsachen. Und so ließ er die Frage, ob Guttenberg im Wahlkampf eine Rolle spielen könnte, ohne Antwort. Ganz bewusst, wie er sagte.

PETER MÜLLER

* Im Mai beim Altmühltaler Lammauftrieb in Mörnsheim.